

► Ostermarsch 2023: Mehr als 180 Menschen folgten dem Aufruf des Göttinger Friedensforums!

Zum ersten Mal seit rd. 10 Jahren hat wieder ein „Marsch“ zu Ostern stattgefunden: Vom Nabel, wo die Auftaktkundgebung stattfand bis zum Neuen Rathaus, wo die Abschlusskundgebung an der Gedenktafel für Deserteure abgehalten wurde.



Ecki Stedeler, einer der Organisatoren des Ostermarsches, eröffnete die Kundgebung am Nabel mit folgenden Worten, mit denen er die Veranstaltung in die Tradition der Ostermärsche einreichte:

„Es begann 1959: Ausgehend von einem Marsch der hessischen Naturfreunde unter dem Motto „Kampf dem Atomtod“ sind Ostermärsche seitdem Teil der politischen Kultur unseres Landes. Ostermärsche sind Demonstrationen und Kundgebungen gegen Militarismus und Krieg.

Angesichts des mörderischen Krieges in der Ukraine haben Ostermärsche wohl selten in einer politisch so schwierigen Situation stattgefunden wie heute – einer Situation, in der wir in der Friedensbewegung u.a. wegen unserer Positionierung gegen die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine öffentlich stark unter Rechtfertigungsdruck stehen.“

Er führte fort, dass - nach Schätzung des US-Generalstabschef Mark Milley - bislang deutlich mehr als je 100 000 tote

oder schwer verwundeten russische und ukrainische Soldaten zu verzeichnen seien.

„Wir unterstützen diejenigen, die die Logik des Krieges ablehnen und sich für Gewaltlosigkeit entscheiden – sei es durch zivilen Widerstand, Desertieren

und Kriegsdienstverweigerung in Russland, Belarus und der Ukraine.

Der Einmarsch des russischen Militärs in die Ukraine hat sich zu einem Konflikt zwischen Nato und Russland entwickelt. (...)

Weiter auf Seite 12

im Internet

https://www.goettinger-linke.de/goeblae_2023/

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: Druckerei Wittchen
Telefon: 05503 3008

Inhalt

Ostermarsch 2023	1
VVN-BdA	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Kreisverband	7
DIE LINKE. im Kreistag	8
Rotes Zentrum e.V.	9
Göttinger Linke	10
Göttinger Linke Ratsinfo	11
Sicherer Hafen	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 06.2023
ist der 18. Mai.
Auslieferung ab dem 25. Mai.

Veranstaltungsankündigungen

8. Mai, Gedenkveranstaltung der Stadt Göttingen, 15.00 Uhr, Hauptfriedhof:

Übergabe eines Gedenksteines für die sowjetischen Zwangsarbeiter*innen, die den Krieg nicht überlebt haben (s. VVN-BdA-Seite)

8. Mai, Der 8. Mai ist wieder unser Feiertag, Gedenkveranstaltung um 17.30 Uhr, Denkmal für die Widerstandskämpfer gegen das Naziregime am Thomas-Buergenthal-Haus (Stadtbibliothek)

Es werden Blumen zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus niedergelegt. (s. VVN-BdA-Seite)

10. Mai, Forum des Göttinger Friedensforums, 19.00 Uhr, Saal der Selbsthilfe Körperbehinderter, Neustadt 7

03. Mai Kommunalpolitischer Arbeitskreis, im Neuen Rathaus, Raum 1118 19.00 Uhr, Thema: Kommunale Gesundheits- und Pflegepolitik



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

<https://niedersachsen.vvn-bda.de> • <https://antifa.vvn-bda.de>

Der 8. Mai 2023 ist wieder unser Feiertag



15.00 Uhr Gedenkveranstaltung der Stadt Göttingen auf dem Hauptfriedhof

Die Stadt Göttingen lädt am 8. Mai zur Übergabe eines Gedenksteines für die sowjetischen Zwangsarbeiter*innen, die den Krieg nicht überlebt haben, auf dem Hauptfriedhof „Kasseler Landstraße“ ein. Es sind Redebeiträge von Frau Oberbürgermeisterin Broistedt und Frau Kalisch, Archivarin der Stadt Göttingen, geplant.

Ein Redebeitrag der VVN-BdA Göttingen steht auch auf dem Programm. Bitte nimmt an der Veranstaltung teil. Unsere Forderung war, dass ein Gedenkstein für die nicht mehr vorhandenen Gräber der Zwangsarbeiter*innen errichtet wird und dass die Übergabe am 8. Mai stattfindet.

Wir möchten weiterhin, dass noch eine Gedenktafel, die die Namen der Opfer enthält und die Geschichte der Beseitigung der Gräber dargestellt, aufgestellt wird. Wir möchten, dass jedes Opfer ein Grabzeichen bekommt.

Montag, den 8. Mai um 17.30 Uhr Veranstaltung der VVN-BdA Göttingen

Für Montag, den 08. Mai 2023, lädt die Kreisvereinigung Göttingen der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN/BdA) - um 17.30 Uhr zu einer Gedenkveranstaltung ein. Ort ist, wie in den Vorjahren, das Denkmal für die Widerstandskämpfer*innen gegen das Naziregime am Thomas-Buergenthal-Haus (Stadtbibliothek), Göttingen.

Es werden Blumen zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus niedergelegt.

Es sind Redebeiträge u. a. von Matias Binner, 1. Vorsitzender der Lagergemeinschaft Gedenkstätte KZ-Moringen, geplant.

Der 8. Mai 1945 steht für die Niederlage des deutschen Faschismus und das Ende des Zweiten Weltkrieges. Fast 80 Millionen Tote des Weltkrieges sind die schreckliche Bilanz des Krieges.

Der Mai 1945 steht aber auch für die Freude von Millionen von Antifaschisten, KZ-Häftlingen, Zwangsarbeitern und alliierten Kriegsgefangenen, die befreit wurden.

Die Waffen schwiegen und die Menschen konnten den Frieden feiern.

Diese Ereignisse fordern einen Gedenktag heraus. Ohne diesen Tag gäbe es keine Demokratie, Grundrechte und Sozialstaat bei uns. Wir fordern weiterhin, dass der 8. Mai ein staatlicher Feiertag wird: An die Ereignisse am 8. Mai 1945 muss immer wieder erinnert werden. Hierzu hat die VVN-BdA in Niedersachsen eine Online Petition <https://weact.campact.de/p/8Maifrei> und eine Unterschriftenaktion gestartet. Bitte unterstützen Sie uns dabei.

Wir sammeln am 1. Mai beim Maifest der Gewerkschaften und am 8. Mai Unterschriften für die Aktion.

Termine:

10. Mai 2023, 16.30 Uhr

Sprecher*innen VVN-BdA Göttingen treffen sich

Der Kreis der Sprecher*innen der VVN-BdA Göttingen trifft sich regelmäßig und Gäste sind herzlich willkommen. Das nächste Treffen wird wieder im Cafe INTI, Wilhelmsplatz, Göttingen stattfinden. Wir besprechen bei den Treffen unsere Vorhaben und alles, was noch politisch in Göttingen so ansteht.

18. Juni 2023, 14:00 Uhr

Gedenkstätte des KZ Ellrich-Julius-hütte

Termin zum Vormerken, genauere Infos und Programm folgen

Verhandeln statt Schießen – Abrüstung statt Aufrüstung

Unsere Freude über die Niederlage des Faschismus wird durch ein anderes, aktuelles Thema überlagert. Es gibt wieder Krieg in Europa. Wir verurteilen den Krieg Russlands in der Ukraine. Die VVN-BdA ist Teil der Friedensbewegung, deshalb unterstützen wir die Forderungen des Göttinger Friedensforum vom Ostermarsch:

➤ **Waffenruhe im Ukraine-Krieg und Verhandlungen für Zusammenarbeit und gemeinsame Sicherheit in Europa**

➤ **Stopp der Eskalation durch Waffenlieferungen in das Kriegsgebiet**

➤ **Stopp der militärischen Aufrüstung Deutschland - Geld für Klimaschutz, Bildung und Soziales.**

(hgs)



Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de • www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung:

09. Mai, 19.00 Uhr, Kleiner Ratskeller, Judenstraße



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

► **Im Jahr 2022 werden mehr als 220.000 Menschen eine Beschäftigung aufnehmen, wobei die geringste Zahl auf Frauen entfällt, was die bestehenden geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der Lohnarbeit verdeutlicht** Autor: Wennys Díaz Ballaga | internet@granma.cu (leicht gekürzt)

In der nationalen Wirtschaft sind derzeit schätzungsweise 4 653 600 Arbeitnehmer im staatlichen und nichtstaatlichen Sektor beschäftigt

Beschäftigung, Vorbeugung, Unterstützung und Sozialarbeit waren die Hauptthemen, die in der Jahresbilanz des Ministeriums für Arbeit und soziale Sicherheit gestern in der Hauptstadt analysiert wurden.

Auf der Sitzung wies Marrero Cruz, Premierminister, darauf hin, dass ein anderer Ansatz für die Beschäftigung erforderlich ist, der vor allem die Herausforderungen berücksichtigt, die sich aus der demografischen Dynamik des Landes ergeben. Er solle damit beginnen, dass die Regierungen der Provinzen ihr Potenzial zur Schaffung von qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen wirksam ermitteln.

Er wies auf die Notwendigkeit hin, Telearbeit und Fernarbeit als ständige Modalität der Arbeitsausführung zu integrieren und nicht nur als eine Eventualität oder als etwas, das durch die COVID-19-Pandemie zurückgelassen wurde.

Der Premierminister wies auf die Notwendigkeit hin, die Mehrfachbeschäftigung zu fördern, da viele Betriebe aufgrund des Mangels an qualifiziertem Personal nicht arbeiten könnten.

Er kritisierte auch die Beschäftigung von Studenten in Berufen, die mit ihrem Studium in Zusammenhang stehen und die nicht bezahlt werden, obwohl die jungen Menschen Ergebnisse liefern und Wohlstand schaffen.

Darüber hinaus verwies der Regierungschef auf die Illegalität der Beschäftigung von Menschen ohne Vertrag. Es gehe jetzt nicht darum diese Fälle zu verfolgen sondern vielmehr sie auszumachen, um den Arbeiter zu schützen und zu fordern, dass

der Arbeitgeber die Verantwortung übernimmt, die ihm obliegt.

Er kritisierte auch die Unterbeschäftigung, vor allem im haushaltgestützten Sektor, wo viele Menschen beschäftigt sind, ein Gehalt beziehen und keinen wirklichen Arbeitsinhalt haben.

Der vom Ministerium für Arbeit und soziale Sicherheit (MTSS) vorgelegte Bericht zeigt, dass Ende 2022 etwa 4.653.000 Arbeiter beschäftigt sein werden, 39 % davon Frauen, was einen Anstieg um 34.000 Beschäftigte im Vergleich zu 2021 bedeutet. Er betrifft vor allem Tätigkeiten, die direkt mit der Produktion und der Erbringung von Dienstleistungen im staatlichen und nicht-staatlichen Sektor zusammenhängen.

Was den Prozentsatz der erwerbstätigen Frauen betrifft, so sagte Ariel Fonseca Quesada, nationaler Direktor für Beschäftigung im Ministerium für Arbeit und Soziale Sicherheit, dass es eine geschlechtsspezifische Diskrepanz bei der Quote der bezahlten Beschäftigung gibt, vor allem bei Müttern mit Kindern oder bei denjenigen, die die Rolle der Pflege älterer Menschen zu Hause übernehmen, da 34 von 100 Frauen nicht erwerbstätig seien.

Beschäftigung in Ziffern:

Erwerbstätige in der Wirtschaft (geschätzt): 4 653 600

Neu auf dem Arbeitsmarkt 2022: 226 704
Davon:

172 069 nicht erwerbstätig
54 635 aus anderen Quellen
79 912 staatlicher Sektor
146 792 privater Sektor

SOZIALARBEIT

Was die Sozialhilfe betrifft, so verwies Marrero Cruz auf die Zuwendung, die



Müttern mit drei Kindern zuteil wird. Er sagte, dass auch wenn man möchte, dass diese Frauen arbeiten, um ihre Kinder zu unterstützen und nicht ausschließlich von der Sozialhilfe abhängig sind, es aber auch notwendig sei, sie zu unterstützen, da viele nicht arbeiten, weil sie niemanden haben, der sich um ihre Kinder kümmert.

Er fügte hinzu, dass trotz des Ausbaus der Infrastruktur der Kindertagesstätten und der Verabschiedung einer Politik zur Schaffung von Kindergärten in den Betrieben, die Bedarfsdeckung minimal sei. (...)

In diesem Sinne wies María Teresa Caballero Rivacoba, Forscherin am Zentrum für Studien über Arbeit und soziale Sicherheit (Celass), auf die Notwendigkeit hin, dass die betreuten Personen nicht länger Objekte der Aufmerksamkeit sind, sondern zu Subjekten der Veränderung werden, und dass die Sozialarbeiter besser vorbereitet werden müssten.

Sie bezeichnete es als eine Errungenschaft, dass man im nächsten Jahr einen Universitätsabschluss in Sozialarbeit erwerben könne, der auf der kubanischen Theorie basiert, die nicht mit der anderer Länder vergleichbar ist, weil sie auf unserem Modell eines Landes basiert, in dem die soziale Gerechtigkeit Vorrang hat.

Die Ministerin für Arbeit und Soziale Sicherheit Marta Elena Feitó Cabrera wies in Bezug auf die Arbeitsplatzprognosen für 2023 darauf hin, dass der derzeitige Kontext Fortschritte bei der Förderung von und dem Zugang zu hochwertigen Arbeitsplätzen erfordere, vor allem in Tätigkeiten, die direkt mit der Produktion und der Erbringung von Dienstleistungen zusammenhängen. (...)

Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen

Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen,

<https://goettingen.dkp.de> ★ goettingen@dkp.de



DKP

Deutsche Kommunistische Partei

Sinnloser Ausstieg aus Öl und Gas macht Wohnen für viele unbezahlbar

► Preistreiber Wärmepumpe

Aus: Klaus Wagener, UZ vom 7. April 2023 (leicht gekürzt)

(...). Ab 2024 sollen in Deutschland alle neu installierten Heizungen zu mindestens 65 Prozent mit regenerativen Energien (RE) betrieben werden. Ab 2030 sollen es dann 80 Prozent sein. Bis 2035 sieht das Erneuerbare-Wärme-Gesetz (EWG) das Abschalten aller Ölheizungen und bis 2040 das Ende aller Gasheizungen vor. (...)

Derzeit gibt es in Deutschland rund 43 Millionen Wohnungen in etwa 20 Millionen Gebäuden mit einer Wohnfläche von 3,9 Milliarden Quadratmetern. Gasheizungen haben einen Anteil von 49 Prozent, Ölheizungen 24 Prozent, Fernwärme 9 Prozent, Holz/Holzpellets 6 Prozent, Elektroheizungen 5 Prozent, Solar- und Geothermie 2 Prozent, Kohle 1 Prozent, Blockheizkraft 1 Prozent. Auszutauschen wären laut EWG mindestens 80 Prozent aller Heizungen. Betroffen sind etwa 34 Millionen Wohnungen.

Um welche Alternativen geht es? Theoretisch um Holz/Holzpellets und Wärmepumpen. Derzeit gibt es 605.000 Pellet-Feuerungen in Deutschland. Bis 2030 wird mit etwa einer Verdoppelung gerechnet, da weder beliebig viel Rohstoff noch beliebig viel Lagerraum in den zu beheizenden Häusern zur Verfügung steht. Bleibt die Wärmepumpe.

Wärmepumpen funktionieren wie ein Kühlschrank. Nur dass in diesem Fall die Wärme nicht aus dem „Schrank“ heraus, sondern in den „Schrank“ – also in die Wohnung hinein – „gepumpt“ wird. Dabei gibt es unterschiedliche Varianten, je nach Medium, aus dem die Wärme entzogen werden soll.

Die einfachste Variante ist die Luft/Luft-Wärmepumpe, welche die Außenluft nutzt und mit der aus ihr erzeugten Wärme ein benachbartes Zimmer aufheizt. Diese Variante hat strukturelle Nachteile und ist allenfalls für die Heizung einzelner Zimmer geeignet. Wesentlich aufwändiger sind Luft/Wasser- oder Wasser/Wasser-Anlagen, welche die Bodenwärme oder die Grundwas-

serwärme nutzen. Hier müssen längere Bodenleitungen verlegt und/oder tiefe Erdbohrungen abgeteuft werden. Dafür erzielt man bessere Ergebnisse, da diese Anlagen nicht mit Frost und Vereisung zu kämpfen haben.

Entscheidend für die ökologische Sinnhaftigkeit einer solchen Anlage ist aber zum einen der Gebäudestatus, der elektrische Energiemix und die Vergleichsenergie. Wärmepumpen werden



mit elektrischer Energie betrieben. Die Produktion dieser Energieform unterliegt erheblichen technologisch bedingten Verlusten, die von relativ geringen 40 Prozent bei Gaskraftwerken, über 60 Prozent bei Steinkohlekraftwerken bis zu miserablen 70 Prozent bei Braunkohlekraftwerken liegen können. Einzig die Wasserkraft bringt es auf Spitzenwerte von nur 10 Prozent Verlust. Der Strommix in Deutschland setzte sich 2021 aus 13,3 Prozent Kernenergie, 10,5 Prozent Erdgas, 9,5 Prozent Steinkohle, 20,2 Prozent Braunkohle, 4 Prozent Wasserkraft, 8,8 Prozent Biomasse, 9,9 Prozent Photovoltaik und 23 Prozent Windkraft zusammen. Zusammen bringen es die

Mitgliederversammlungen

Mai 23

Am 02. und 16. Mai

Die Themen standen zum Redaktionsschluss noch nicht fest.

Alle MV'en finden um 20.00 Uhr im Roten Zentrum, Lange Geismarstr. 2 statt.

regenerativen Energien zwar auf 45,7 Prozent, von ihnen ist aber weniger als ein Drittel grundlastfähig. Vor allem der hohe und steigende Anteil von Braun- und Steinkohle sorgt dafür, dass die CO₂-Bilanz der Wärmepumpen ziemlich bescheiden ausfällt.

Die Wärmepumpe hat, bevor andere Faktoren ins Spiel kommen, zuerst einmal die Energieverluste und die CO₂-Emissionen bei der Stromerzeugung in Rechnung zu stellen. Dazu kommen die Probleme des Gebäudestatus. Wärmepumpen erscheinen aufgrund ihrer geringen Vorlauftemperatur (40 bis 50 Grad Celsius) nur in gut gedämmten Wohnungen mit Fußbodenheizungen sinnvoll. Wohnungen mit den üblichen Flachheizkörpern und Radiatoren, die eine hohe Vorlauftemperatur benötigen, müssten – häufig plus der Zuleitungen – aufwändig umgerüstet werden. Ungedämmte oder schlecht gedämmte Gebäude müssten energetisch saniert werden, was in vielen Fällen nicht zu einem vertretbaren Aufwand möglich ist.

Der entscheidende Wert für die Effizienz einer Wärmepumpe ist der „Coefficient of Performance“ (COP). Der COP gibt das Verhältnis der erzeugten Wärmeenergie zur erforderlichen Antriebsenergie der Anlage an. Entscheidend ist der COP im realen durchschnittlichen Ganzjahreseinsatz, nicht der im Prospekt. Bei einem COP von unter 2 – wenn also nicht mehr als das Doppelte der Energie herausgeholt werden kann, die hineingesteckt werden muss –, kann man genauso gut mit einem elektrischen Heizlüfter heizen. Erst bei einem COP von über 3 wird die Anlage allmählich so gut wie eine Gasheizung. Erst hier kann man eventuell davon reden, dass die EWG-Vorgabe von 65 Prozent eventuell erreicht wird.

(...) weiter auf Seite 12

GROBIAN GRONER BÜRGERINITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone.web.de
- ☛ Treffen: Montags, 19.00 Uhr



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Veranstaltung vom Bündnis „Gutes Wohnen für alle“:

► Wie schafft man bezahlbaren Wohnraum? ... und warum die Stadt Göttingen daran scheitert.

Dieser Frage widmeten sich Hans-Dieter v. Frieling, emeritierter Professor der Uni Göttingen und Michael Mießner, jetzt Juniorprofessor an der Uni Trier. Beide haben das Publikum im gut gefüllten Holbornschen Haus am 20. März zunächst auf den neuesten Stand der Preisentwicklung der Angebotsmieten in Göttingen gebracht. Dies ist auch in ihrem Wohnraumatlas Göttingen II nachzulesen, der gerade frisch herausgegeben wurde.

Der Vergleich zum Wohnraumatlas I aus 2020 ist frustrierend. Schon vor 3 Jahren wurde mit harten Zahlen und Fakten belegt, was jeder erlebt, der auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen ist: Das Angebot geht weiter zurück.

Anhand des Vortrages wurde deutlich und belegt, dass die Mieten in Göttingen weiterhin steigen. Besonders erschreckend: In Gebieten, wo noch bezahlbarer Wohnraum vorhanden war, sind sie besonders angestiegen. So z.B. in Grone: Im Zeitraum von 2012 bis 2021 in manchen Bereichen um über 50%!

Die herrschende Stadtpolitik behauptet gerne, sehr wohl etwas gegen den Wohnraummangel zu tun. Nämlich vor allem im guten Einvernehmen mit Investoren verstärktes Bauen zu ermöglichen.

„Bauen, bauen, bauen“, das sei des Rätsels Lösung. Aber stimmt das? Gibt es den gewünschten Sickereffekt, dass nämlich Mieter*innen aus günstigen Altbauten in Neubauten umziehen und dadurch bezahlbarer Wohnraum frei wird? Michael Mießner muss diese Hoffnung leider begraben, denn es stellt sich heraus, dass die frei gewordenen Wohnungen auf dem freien Markt höchstens im Mittelpreissegment angeboten werden, keinesfalls im günstigen Segment unter 7,- Euro / qm.

Der freie Wohnungsmarkt- Das Stichwort für die Diskussion der Frage,

warum eine Stadt an der Schaffung von genügend bezahlbarem Wohnraum scheitert.

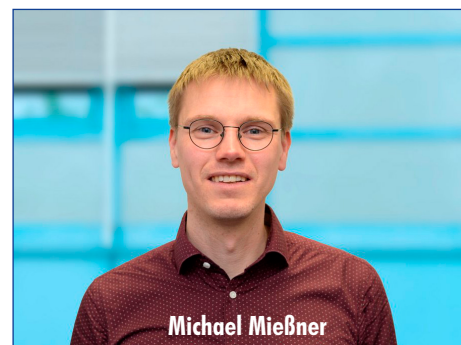
Dieter v. Frieling konkretisiert allerdings, es sei aber auf keinen Fall so, dass der Wohnungsmarkt scheitert, sondern im Gegenteil: Er funktioniert sehr gut - im Sinne der Profiteure.

Auch Genossenschaften oder die Städtische Wohnungsbau unterwerfen sich dem Marktgeschehen. Auch hier sollen Profite erzielt werden, obwohl natürlich nicht so hohe wie bei den privaten Investoren. Dennoch: Auch hier wird lediglich die minimale Quote an bezahlbarem Neubau erfüllt, von seltenen Ausnahmen der Städtischen Wohnungsbau abgesehen.

Deren Geschäftsführerin, Frau Leuner-Haverich, die, bei der Veranstaltung anwesend war, meinte auf die Frage, warum nicht mehr und nicht durchgängig günstiger Wohnraum geschaffen wird, leider nur, was sie immer sagt: „Zu wenig günstige Grundstücke, zu wenig Personal, zu wenig dies, zu wenig das...“ Immerhin kann nicht behauptet werden „Zu wenig Geld“, denn es werden sogar Gewinne an die Stadt abgeführt.

Hier ist eine grundlegende Änderung der Stadtpolitik notwendig!

Die Referenten des Abends halten andere Alternativen abseits des (all-)gemeinen Wohnungsmarktes für aussichtsreicher: Die Gründung von eigenen Genossenschaften, wie z.B. in Form der Mietshäusersyndikate. Dies gibt es schon in Göttingen: „Grünes Haus anner Ecke -Wiese 28“ oder die OM 10. Auch im studentischen Milieu sind Projekte zu finden. Die Idee dahinter: „Das Miets Häuser Syndikat ist eine in Deutschland singuläre, kooperativ und nicht-kommerziell organisierte Beteiligungsgesellschaft zum gemeinschaftlichen Erwerb von Häusern, die selbstorganisiert in Gemeineigentum überführt werden, um



Michael Mießner

langfristig bezahlbare Wohnungen und Raum für Initiativen zu schaffen.“

Aber: Es ist natürlich nur eine Nischenlösung. Vorstellbar für gut organisierte und vernetzte Menschen mit Tatendrang und notwendigen Kompetenzen.

Die Frage, ob und wie die schon bestehenden, langjährigen Genossenschaften durch politischen Druck dazu zu bringen sind, verstärkt bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, blieb unbeantwortet. Erschreckend dazu die Info der Referenten, dass Fördermittel des Landes Niedersachsen kaum in Anspruch genommen werden. Es lohne sich nicht, weil diese mit zahlreichen Auflagen verbunden sind und die Profite schmälern.

Darin liegt die Crux, dass auch hier gewinnorientiert gedacht wird. Vermutlich wird dies auch für die neue Landeswohnungsbaugesellschaft, deren Gründung das Land Niedersachsen plant, gelten. Laut GT vom 04.04. ist es das Ziel 100.000 Mietwohnungen zu bauen, wieder lediglich 40.000 davon als Sozialwohnungen.

Die Vorträge und die sich anschließende Diskussion hinterließen einen einerseits pessimistischen Eindruck. Andererseits macht es Mut, dass immer wieder zahlreiche Menschen in Göttingen zu solch Veranstaltungen zusammenkommen; jedweden Alters und aus unterschiedlichen Organisationen, die sich nicht abfinden wollen mit der bestehenden Wohnraummangelsituation. Und die nicht locker lassen sollten, die gängige Wohnungspolitik weiter anzuprangern und eine andere zu fordern. (bs)



1. Mai Demo und Picknick

An der Demo zum 1. Mai starten wir mit einem Block bei der Demo um 10:30 am Platz der Synagoge. Ab 12:00 findet die Kundgebung am Albaniplatz statt. Wir als Partei haben dort auch einen Stand, wenn du Lust hast dich zu beteiligen, dann melde dich gerne beim KSR. Ab 14:00 Uhr wollen wir im Chelthampark picknicken, auch hier freuen wir uns, wenn wir viele sind und leckere Sachen mitgebracht werden.

Aktiventreffen

Am 10.05.2023 um 19.00 Uhr im Saal der Roten Hilfe (direkt neben dem Roten Zentrum, Lange Geismarstr 2, 37073 Göttingen)

Aktiventreffen

Am 24.05.2023 um 19.00 Uhr im Saal der Roten Hilfe (direkt neben dem Roten Zentrum, Lange Geismarstr 2, 37073 Göttingen)

Unterschriftensammlung für die Nahverkehrskampagne „Göttingen zum Nulltarif“

Wir werden im Mai weiter Unterschriften für unsere Kampagne sammeln. Infos dafür bekommt ihr über Telegram und den Newsletter.

Gedenkveranstaltung zur Enteignung der Gewerkschaften des DGB

Am **2. Mai** jährt sich zum 90. Mal der Überfall der Nationalsozialisten auf die Gewerkschaftshäuser. Wir wollen an diesem Tag gedenken und an die Folgen erinnern, insbesondere für unsere Region.

Dafür werden wir um **18 Uhr am Gedenkstein des ehemaligen Volksheims im Maschmühlenweg** starten. Im Anschluss hören wir den Vortrag

Kommunalpolitischer Arbeitskreis

Mittwoch, 03.05.2023, 19:00 Uhr im Neuen Rathaus, Raum 1111

Thema: Kommunale Gesundheits- und Pflegepolitik
(ausführlich siehe S. 10)

KV Göttingen/Osterode

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen
Tel.: 05 51 - 29 14 05 46
kreisverband@die-linke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de

Jugendverband [;solid]:

goettingen@linksjugend-niedersachsen.de
und auf Instagram unter [linksjugend.goettingen](https://www.instagram.com/linksjugend.goettingen)
Homepage: <https://solid-goettingen.de/>

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:
ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Bettina Weigert, Tel. 0175-1948368
rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549

OV Altkreis Osterode

Ilyas Cangöz
kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,
37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,
dransfeld@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

E-Mail: Hann.Muenden@die-linke-goettingen.de
Phillip Ammermann, Tel. 0171-1728270

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973
Festnetz: 0551-40137061
eckhardfascher@web.de

AG Antifa

ag-antifa@die-linke-goettingen.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,
Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,
E-Mail: ag-bg@dielinke-goettingen.de

AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0177 8534351

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer
E-Mail: SL-Goettingen@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,
E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Elvira Kalusa,
E-Mail: rlc-goettingen@rls-nds.de
<http://nds.rosalux.de/> und bei facebook.

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Kassel Göttingen eG
IBAN DE08 5209 0000 0047 3038 00

Runter mit den Mieten.

Mietendeckel bundesweit



► Lobbyschutzkennzeichnen statt Tierwohl

Viel war von der Ampel hinsichtlich Tierschutz nicht zu erwarten. Trotzdem schaffte es das Landwirtschaftsministerium um Cem Özdemir zu enttäuschen. Nun wird ein sogenanntes Tierwohlkennzeichen eingeführt, dass eigentlich nur als Verbrauchertäuschung betrachtet werden kann. Dass der Vorschlag sich qualitativ nicht wirklich von dem der Amtsvorgängerin, und zu weilen Nestlélobbyistin, Julia Klöckner unterscheidet, ist allerdings kein Wunder. Der Deutsche Bauernverband hat beispielsweise ganz offen den Parteitag der Grünen mit-gesponsert. Es gab einen großzügigen Stand vor Ort. Özdemir spielt anscheinend ohnehin lieber Soldat als Agrarminister. Wirklich

Lust auf den Job lässt sich von außen schwer erkennen. Das zeigt auch die Haltungskennzeichnung, denn dieses hilft weder der Bevölkerung noch der Landwirtschaft.

Es ist unverantwortlich, die Agrarwende noch weiter aufzuschieben und somit unsere Versorgung mit Lebensmitteln mittel- und langfristig zu gefährden. Ein undurchsichtiges Label mit zweifelhafter Lenkungsfunction hat sogar das Potenzial, das System Massentierhaltung weiter zu zementieren. Eine repräsentative Umfrage von „Vier Pfoten“ zeigt klar, dass die Bevölkerung von wesentlich besseren Bedingungen bei den Haltungsformen

1-4 (Stall, Stall + Platz, Frischluftstall, Auslauf/Freiland) ausgeht. Mit der Tierwohlkennzeichnung wird nun die Verantwortung wieder auf die Bevölkerung abgewälzt, ohne überhaupt die Möglichkeit zu geben, eine informierte Kaufentscheidung zu treffen.

Schon Marx empfand Ställe als „Gefängnisssysteme für Tiere“. Begriffe wie Tierwohl, tiergerecht, artgerecht etc. sind ohnehin reine Marketingbegriffe, denn es werden nicht die tatsächlichen Bedürfnisse, also das Wohl von Tieren, als Maßstab genommen, sondern Profitabilität. Die Bevölkerung wird bewusst in die Irre geführt, denn eine Studie nach der anderen zeigt, dass Menschen in Deutschland sich erheblich bessere Bedingungen für Tiere wünschen sowie mehr Klima-, Natur- und Artenschutz.

DIDEM AYDURMUS (Text aus dem Onlinemagazin Linksbewegt)

► Angeklagt

Sara Mardini ist Flüchtlingshelferin, sie selbst ist 2015 mit ihrer Schwester Yusra aus Syrien geflohen. Spektakulär war die Überfahrt nach Griechenland, deren Umstände die beiden berühmt machen sollte: Gemeinsam springen die Schwestern nach Ausfall des Schiffsmotors ins Wasser, ziehen das Schlauchboot drei Stunden lang.

Die Rettungstat kommt nicht von ungefähr: Sara und Yusra stammen aus einer Familie von Sportler*innen in Syrien. Beide sind Leistungsschwimmerinnen. Yusra nimmt bald in einem Geflüchteten-Team an den Olympischen Spielen teil.

Bei Sara hinterlässt die Flucht andere Spuren. Sie engagiert sich im griechischen Flüchtlingslager Moria auf der Insel Lesbos und betreibt aktiv Fluchthilfe. Menschen, die das gleiche Schicksal haben wie sie, muss man unterstützen, sagt sie. Das kann kein Verbrechen sein. Die griechischen Behörden sehen das anders. Im Jahr 2018 wird sie von der Polizei verhaftet. Sie sitzt in Untersuchungshaft, der Vorwurf: Schleusertätigkeit, Geldwäsche



und Betrug und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung. Mit ihr sind 23 weitere Menschen angeklagt, darunter der Rettungsschwimmer Seán Binder.

Im Verfahren werden viele Mängel in der Anklageerhebung und in der Prozessführung offenbar. Unter anderem, weil ein Anwalt angeklagt wird, müssen die Fälle vor einem übergeordneten Gericht verhandelt werden. Bald werden geringere Anklagepunkte auch

fallengelassen. Bestehen bleibt jedoch der Verdacht, schwere Straftaten begangen zu haben. Seit Beginn dieses Jahres wird verhandelt. Kurioserweise darf Mardini nicht vor Gericht erscheinen, die griechischen Behörden haben sie ausgewiesen. Mardini und ihre Familie leben mittlerweile in Deutschland.

Gegen den Strom- Sara Mardini

Regisseurin Charly Wai Feldman erzählt die Geschichte der beiden Schwestern in ihrem facettenreichen Dokumentarfilm „Gegen den Strom“ nach. Vier Jahre hat sie Sara begleitet. Neben ausführlichen Interviews, in denen die Schwestern und viele weitere Protagonisten der Flüchtlingshilfe und beleuchtet der sehenswerte Film die Situation auf den Fluchtrouten Europas.

„Sara Mardini - Gegen den Strom“.
D 2023. Regie Charly Wai Feldman.
Kinostart: 23. März 2023.

*JÜRGEN KIONTKE
(Text aus dem Onlinemagazin
Linksbewegt)*

▶ Hartz IV bleibt Hartz IV – auch im Bürgergeld

Die Ampelkoalition aus SPD, GRÜNEN und der FDP haben einen Systemwechsel versprochen. Hartz IV sollte durch das Bürgergeld endgültig überwunden werden. Dieses Versprechen wurde nicht gehalten. Denn das Bürgergeld ist keine Überwindung von Hartz IV. Die angekündigte große Sozialstaatsreform ist ausgeblieben. Das Bürgergeld-Gesetz war bereits im Entwurf der Ampel der Kompromiss einer Sozialrechtsnovelle, aber kein Systemwechsel.

Immerhin gibt es mit dem Bürgergeld-Gesetz Hartz IV kleine Verbesserungen. Dies ist zum Beispiel erkennbar an den leicht erhöhten Regelsätzen: (siehe rechts: *Tabelle Regelsätze*)

Auch werden in Stadt und Landkreis Göttingen höhere Mietkosten übernommen: (siehe rechts unten: *Tabelle KdU*)

Weitere neue Akzente werden jeweils für sich Erleichterungen für die Bürger*innen im Sozialleistungsbezug bringen: Indem Bildung und Weiterbildung im Vordergrund stehen sollen, statt die Vermittlung in irgendeine kurzfristige Erwerbstätigkeit. Mit höheren Freibeträgen und dem Weiterbildungsgeld. Oder indem Jugendliche, deren Eltern Bürgergeld beziehen, ihr Geld aus Ferien- oder Nebenjobs bzw. der Ausbildungsvergütung behalten.

Bei uns in Göttingen spricht man zudem davon, dass man den Bürgergeldempfänger*innen auf Augenhöhe begegnen will. Wie das in der Praxis aussehen wird, bleibt abzuwarten.

Um Hartz IV hinter uns zu lassen, braucht es mehr: Die Grundsicherung muss armutsfest sein und darf nicht länger an Sanktionen gebunden werden. Sanktionen missachten das Recht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum und dienen vor allem als Drohung gegenüber Erwerbslosen und Mittel der Gängelung – nicht zuletzt um einen der größten Niedriglohnsektoren Europas weiter am Laufen zu halten. Währenddessen machen viele Unternehmen große Gewinne und die Vermögen der Reichen wachsen weiter.

DIE LINKE fordert:

■ Die Regelsätze sind bedarfsgerecht um mindestens 200 Euro zu erhöhen, wie dies die Sozialverbände fordern.

■ Die Sanktionsregelungen müssen endgültig fallen. Schon das Bundesverfassungsgericht stellte fest, dass es dem Grunde nach ein unverfügbares Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums gibt.

■ Um Energiearmut wirksam zu bekämpfen, braucht es einen Paradigmenwechsel: Die Angemessenheit bei Heizkosten muss nach Verbrauch und nicht nach Preis vorgenommen werden, die Stromkosten als Teil der Wohnkosten anerkannt.

■ Der soziale Arbeitsmarkt muss ausgebaut werden. Wenigstens 150.000

Kontakt

DIE LINKE.

im Kreistag Göttingen

Kreistag, Zimmer 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen

Tel. 0551/525 - 2108
dielinke@landkreisgoettingen.de
www.dielinke-goettingen.de

Sprechzeiten: Montag 10 bis 12 Uhr
+ Donnerstag 14 bis 15.30 Uhr

Menschen sollte im sozialen Arbeitsmarkt eine sinnhafte Beschäftigung gegeben werden. Die Zahl stagniert bei 40.000 Beschäftigten. Hier muss Dampf auf den Kessel.

Quelle für Forderungen der Bundespartei: <https://www.die-linke.de/themen/soziale-sicherheit/>

Tabellen aus SGB-II-Leitfaden des Lkr. Göttingen: <https://www.landkreisgoettingen.de/themen-leistungen/arbeit-unterstuetzung/jobcenter/sgb-ii-1>

Tabelle der Regelbedarfsstufen für das Jahr 2023

Regelbedarfsstufe	Euro	Personengruppe
Regelbedarfsstufe 1	502 € (+53 €)	Alleinstehende Person
Regelbedarfsstufe 2	451 € (+50 €)	Partner einer Ehe oder Lebensgemeinschaft
Regelbedarfsstufe 3	402 € (+45 €)	Volljährige in einer stationären Einrichtung und nicht-erwerbstätige Erwachsene unter 25 Jahren im Haushalt der Eltern
Regelbedarfsstufe 4	420 € (+47 €)	Kinder im Alter von 14 bis 17 Jahren
Regelbedarfsstufe 5	348 € (+39 €)	Kinder im Alter von 6 bis 13 Jahren
Regelbedarfsstufe 6	318 € (+35 €)	Kinder im Alter bis einschließlich 5 Jahren

Im Landkreis Göttingen sind ab dem 01.01.2023 folgende Bruttokaltmieten als maximal angemessen anzusehen:

Angemessene Wohnfläche (Personenzahl)	Angemessene Unterkunftskosten (in Euro, Bruttokaltmiete)			
	Stufe IV Göttingen (Stadt)	Stufe III Rosdorf, Bovenden (jew. Gemeinden inkl. Ort)	Stufe II Friedland (Gemeinde inkl. Ort)	Stufe I übriges Kreisgebiet
50 m ² (1)	540,10	481,80	431,20	381,70
60 m ² (2)	654,50	583,00	521,40	462,00
75 m ² (3)	778,80	694,10	620,40	551,10
85 m ² (4)	907,50	809,60	724,90	642,40
95 m ² (5)	1038,40	925,10	827,20	733,70
105 m ² (6)	1163,80	1037,30	926,20	820,60
115 m ² (7)	1289,20	1149,50	1025,20	907,50
125 m ² (8)	1414,60	1261,70	1124,20	994,40
135 m ² (9)	1540,00	1373,90	1223,20	1081,30
145 m ² (10)	1665,40	1486,10	1322,20	1168,20

Rotes Zentrum e.V.

im Lieschen-Vogel-Haus · Lange-Geismar-Straße 2 · 37073 Göttingen

Mail: rotes-zentrum-goettingen@posteo.de

Unser Spendenkonto und das aktuelle Veranstaltungsprogramm senden wir auf Anfrage gerne zu



► Der Vorstand zum Charakter des Roten Zentrums Göttingen e.V. als Nutzer*innengemeinschaft

In der letzten Ausgabe der Göttinger Blätter (April 2023) erschien auf der Seite des Roten Zentrums ein Artikel mit dem Titel „Veranstaltung zur Situation in der Ukraine“. Der Artikel hat bei mehreren Nutzer*innen des Roten Zentrums Irritationen, Verägerung und Nachfragen ausgelöst. Die Reaktionen machen uns deutlich, dass Rhetorik und Inhalt des Artikels das Rote Zentrum als Nutzer*innengemeinschaft in Gefahr bringen. Als Vorstand des Roten Zentrums Göttingen e.V. stellen wir fest:

Der Beitrag wurde nicht im Namen des Roten Zentrums Göttingen e.V. verfasst und wurde dem Vorstand gegenüber nicht angekündigt oder abgesprochen. Auch wurde ein ursprünglich vom Vorstand beauftragter und eingereichter Artikel kurzfristig und ohne unser Wissen aus der Gestaltung der Göttinger Blätter herausgenommen und durch jenen ersetzt. Als Konsequenz werden wir als Vorstand des Roten Zentrums Göttingen e.V. unsere regelmäßige Seite in den Göttinger Blättern einstellen.

Analytische und strategische Positionen zum Weltgeschehen sind Angelegenheiten der einzelnen Nutzer*innengruppen. Kontroversen, also beispielsweise darüber, wie der Russland-Ukraine-Krieg

zu beurteilen ist, welche Schlussfolgerungen daraus Genoss*innen in Deutschland zu ziehen haben und wie mit unterschiedlichen oder gar widersprüchlichen Einschätzungen innerhalb der gesellschaftlichen Linken umzugehen sei, gehören an die Plenums- oder Versammlungstische der einzelnen Parteien, Initiativen oder Gruppen. Der gemeinsame Verein Rotes Zentrum Göttingen e.V. ist der falsche Rahmen, um die eigene Position zu verstärken oder die Konflikte mit anderen Nutzer*innen zu suchen.

Mögen bei der Einschätzung welche Absichten die jW-Leser*innen in Kooperation mit der KPF der Partei Die Linke mit ihrer Veranstaltung am 24.2.2023 im Rote-Hilfe-Saal gehabt haben im Vorfeld noch unterschiedliche Deutungen möglich gewesen sein, so stellt der Artikel in den Göttinger Blättern „Veranstaltung zur Situation in der Ukraine“ alles klar. Herausfordernd, mit Häme und Kriegs-Rhetorik („Front geknackt“, „Gegenoffensive gestartet“, „nicht an uns rangetraut“, „Stalingrad“) wird der Konflikt mit anderen Nutzer*innen des Roten Zentrums, die nicht die Position der Veranstalter*innen teilen, gesucht („die Staatslinken in großen Teilen der PDL bis zu Autonomen“, „FaschistenfreundInnen“, „Ukraineclub“). Die Gestaltungs-

möglichkeiten, die das Rote-Zentrum-Veranstaltungsformat und unsere Seite in den Göttinger Blättern eröffnen, derart zu nutzen, bringt das Rote Zentrum in Gefahr. Daher stellt der Vorstand das Format des gemeinsamen Veranstaltungsprogramms im Rahmen des Roten Zentrums Göttingen e.V. („Freitagsveranstaltungen“) ein.

Zukünftige Veranstaltungen im Rahmen des gemeinsamen Vereins müssen eng mit dem Vorstand abgestimmt sein und die in der Satzung formulierten Vereinsziele widerspiegeln. Satzungsgemäßer Zweck des gemeinsamen Vereins ist „der Betrieb eines Roten Zentrums in Göttingen“, „verwirklicht durch die Anmietung oder den Kauf geeigneter Räumlichkeiten“. „Der Vereinszweck wird zudem verwirklicht durch Bildung. Diese umfasst zum Beispiel Veranstaltungen, Seminare oder Publikationen mit positivem Bezug auf die linken ArbeiterInnenbewegungen, soziale und globale Gerechtigkeit, den Antifaschismus, den Feminismus, den Antirassismus, die Ökologie oder den Antimilitarismus und Frieden“. Das Vereins-Gremium zur Koordination der Vereinszwecke, also auch die Planungen und Umsetzung von Veranstaltungen, ist der Beirat. Der Beirat ist die Zusammenkunft von Vereins-Mitgliedern sowie Delegierten regelmäßiger Nutzer*innengruppen.

Als Vorstand verstehen wir es als unsere Aufgabe, das gemeinsame Interesse zu suchen und zu stabilisieren sowie das Verständnis für die Eigen- und Besonderheiten der einzelnen Nutzer*innengruppen zu vergrößern. Vorbildlich waren dafür aus unserer Sicht beispielsweise die feierliche Neu-Eröffnungsveranstaltung des Roten Zentrums am 21.9.2019, das Grünkohlessen mit Karl und Rosa am 26.1.2020 oder die Gestaltung des 1. Mai 2021. Wie unterschiedliche Schwerpunkte anhand eines gemeinsamen Interesses diskutiert und nachvollziehbar gemacht werden können, hat aus unserer Sicht zudem sehr gut die Podiumsdiskussion „Was verstehen wir heute unter Faschismus?“ mit Vertretern der Partei Die Linke, DKP/Marxistischer Lesekreis und ABAG gezeigt.





Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

Spendenkonto:

IBAN: DE75 5209 0000 0041 1265 07

Von wegen Sicherer Hafen

Seit dem 13.09.2019 ist Göttingen ein Sicherer Hafen. Von den gestellten Forderungen sind alle angenommen wurden. Mehr noch - die Stadt finanziert den von der Seebrücke gegründeten Verein seitdem im vierstelligen Bereich. Doch den großen Erfolg, den die Seebrücke-Aktivist*innen damals gefeiert haben, finden wir heute verstaubt im Regal der Trophäen, die sich Göttingen selbst gegeben hat.

Damals war schon klar, dass Städte und Gemeinden sich mit so einem Titel auch nur schmücken können. Doch Schmuck habe nicht nur ästhetischen Wert - zumindest war das die Idee hinter den unzähligen Ratsanträgen in den Städten und Kommunen. Aktuell gibt es 319 Sichere Häfen in Deutschland, doch warum das bloße Manifestieren von guter Politik in gutgemeinten Ratsbeschlüssen nichts bringt, zeigt uns, was nach der Selbstnennung hunderter Sicherer Häfen passiert ist.

Erinnern wir uns an den schrecklichen Brand des griechischen Lagers Moria im September 2020, dann denken wir auch an Worte von Politiker*innen, die zum Teil von Aktivist*innen hätten kommen können. Zu dem Zeitpunkt gab es bereits eine dreistellige Zahl an Sicheren Häfen in Deutschland und auch einen hohen politischen Willen, Verantwortung für dieses europäische Versagen und die humanitäre Katastrophe zu übernehmen. Letztendlich hat der CSU-Ex-Innenminister Seehofer es geschafft, einen Minimalkonsens unter den regierenden Parteien zu finden, deren Ausführung so weit in die Zukunft verschoben wurde, dass es keinen Aufschrei darüber gab, dass selbst dieser nicht eingehalten wurde. Mit einer beispiellosen Ignoranz wird bundes- und kommunalpolitisch über die Sichere-Häfen-Ratsbeschlüsse hinweg entschieden: seien es Blockaden der Bundesregierung zur Aufnahme und bedarfsorientierten Verteilung schutzsuchender Menschen oder das Erlassen rassistischer und tödlicher Abschiebungen durch kommunale Stadtverwaltungen - auch in Sicheren Häfen wie Göttingen.



Von den beschlossenen Punkten des Göttinger Sicherer-Hafen-Ratsbeschlusses sind nur wenige umgesetzt: Die Stadt hat sich öffentlich solidarisch erklärt und ist Teil des Städtebündnisses Sicherer Häfen. Göttingen hat sich bisher nur geschmückt. Die einzige, progressive und umgesetzte Maßnahme ist die finanzielle Unterstützung der Arbeit der Seebrücke. Doch der politische Kampf wurde nicht geführt, damit eine Politgruppe - hauptsächlich aus weißen Aktivist*innen - finanziell in ihrem Aktivismus unterstützt wird. Es geht um das Einsetzen politischer Maßnahmen auf kommunaler Ebene, damit die Bundespolitik sich nicht weiter rausreden kann, wenn es um die uneigennützig Unterstützung geflüchteter Menschen geht.

Ob Göttingen, München oder Osnabrück: Der beharrlichen Arbeit der Aktivist*innen sei Dank haben einige Städte Gelder freigegeben, um damit die wichtige Arbeit der Seenotretter*innen zu unterstützen oder politische Bildungsarbeit zu leisten. Es ist auch wichtig, dass die Seebrücke den medialen Fokus auf Missstände der europäischen Menschenrechtspolitik lenkt. Doch die politische Veränderung, ein parlamentarischer Antirassismus ist ausgeblieben.

Vielleicht liegt es daran, dass die Seebrücke-Bewegung 2018 nicht primär aus Solidarität mit geflüchteten Menschen gegründet wurde, sondern aus Solidarität mit dem deutschen Rettungsschiff Mission Lifeline, welches in Malta zu der Zeit festgesetzt war. Die Seebrücke kam nicht als Gegenreaktion der Abschottungspolitik. Sie kam, weil die Abschottungspolitik Einfluss auf uns Europäer*innen genommen hat, weil

Kontakte:

Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de

SprecherInnenkreis:

Dr. Eckhard Fascher, Sylke Jarosch,
Bärbel Safieh, Christa Siebecke,
Rieke Wolters, Gülsan Yalçın

Schatzmeister:

Gunnar Siebecke

sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

Gruppe Grone:

grone@goettinger-linke.de

Gruppe Gleichen:

gleichen@goettinger-linke.de

Fraktion Göttinger Linke

im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 403 (4. Stock)

Hiroshimaplatz 1-4

37083 Göttingen

Telefon 0551 - 400 2347

goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Oliver Preuß

Öffnungszeiten des Büros:

Di: 10:00 - 12:00 Uhr

Mi: 13:00 - 16:30 Uhr

Do: 10:00 - 12:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mi: 17:00 - 18:00 Uhr öffentlich

Mandatsträger*innen:

Nornia Marcienkiwicz

Jost Lessmann (Fraktionsvorsitzender),

Torsten Wucherpfennig

Kommunalpolitischer Arbeitskreis

Mittwoch, 03. Mai, 19:00 Uhr
im Neuen Rathaus, Raum 1118

Thema: Kommunale Gesundheits- und Pflegepolitik

Eigentlich ist die Gesundheitsvorsorge eine öffentliche Aufgabe, die aber im wesentlichen dem Markt überlassen wird mit gravierenden Folgen. Wie sieht es mit der Versorgung in Stadt und Kreis Göttingen aus? Können kommunale Gesundheitszentren und Gemeindeschwestern hier eine wichtige Rolle übernehmen?

Vorausschau auf dem Juni:

7. Juni, 19.00 Uhr Raum 1118

Thema: Bürgergeld (Hartz IV) - Situation heute

der bürgerliche Staat zur Durchsetzung seiner rassistischen Politik auch weiße Menschen kriminalisieren muss.

(...) weiter auf Seite 12

Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen

Ratsinfo

Im Mai 23

aktuell

Sozialmediainhalte der Göttinger Linken im Rat der Stadt Göttingen

Waageplatz Göttingen: Erste Schritte in Richtung Umgestaltung

„Wir haben bei der Einrichtung des Sanierungsbeirates schon mal eine erste Runde gehabt und da kamen von allen möglichen Seiten, sowohl von Institutionen, aber auch von Bürgerinnen und Bürgern das dringende Anliegen, eine kostenfreie Toilette auf dem Waageplatz zu installieren. Nun wurde gerade bekannt gegeben, dass dieses nicht vorgesehen ist. Das finde ich nicht richtig. Ich finde, so ein Wettbewerb muss ergebnisoffen sein und ich fordere die Stadt Göttingen auf, in das Wettbewerbsverfahren die Toilettenfrage mit aufzunehmen.“
- Jost Leßmann

Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen

<https://www.goettinger-linke.de>

Kontaktdaten

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 403 (4.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 0551 - 400 2347

goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Oliver Preuß

Tim Schlaf

Öffnungszeiten des Büros:

Di: 10:00 - 12:00 Uhr

Mi: 13:00 - 16:30 Uhr

Do: 10:00 - 12:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Editorial

Da wir nach der Osterpause noch nichts Aktuelles zu berichten haben, hier eine Zusammenstellung aus unseren Social Media Kanälen der letzten Monate dank unseres neuen Mitarbeiters Tim Schlaf:
www.facebook.com/goettinger-linke.ratsfraktion und
www.instagram.com/goelinke_ratsfraktion

Resolutionsantrag an den Rat der Stadt
Göttingen am 17.03.2023 angenommen

Stadtrat verabschiedet Resolution in Solidarität mit den Beschäftigten der KSG

Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen

<https://www.goettinger-linke.de>

STADTEIGENTUM BLEIBT STADTEIGENTUM

*Machbarkeitsstudie zur ehemaligen JVA
3 Jahre verschleppt*

Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen

<https://www.goettinger-linke.de>

Fortsetzung von S. 1 : Ostermarsch 2023

(...) Jeder Kriegstag verschärft das Risiko des Einsatzes von Atomwaffen und von Unfällen durch Beschuss der AKWs in der Ukraine.

Frieden muss verhandelt werden!

So lautet das Motto der diesjährigen Ostermärsche. Aus dem russischen Angriff auf die Ukraine ist ein Zermürbungskrieg geworden. Waffenlieferungen können den Krieg nicht beenden.

Müsste es nicht Aufgabe der Politik sein, schnellstmöglich einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen

zu erreichen, statt den Krieg zu verlängern? Eine Mehrheit von 53 Prozent der Deutschen sagt aktuell, dass ihnen die diplomatischen Bemühungen zur Beendigung des Krieges nicht weit genug gehen. (...)



Aus all' den genannten Gründen fordern wir:

- **Waffenruhe im Ukraine-Krieg und Verhandlungen für Zusammenarbeit und gemeinsame Sicherheit in Europa**
- **Stopp der Eskalation durch Waffenlieferungen in das Kriegsgebiet**
- **Stopp der militärischen Aufrüstung Deutschlands – Geld für Klimaschutz, Bildung und Soziales**
- **Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages und Abzug der US-Atomwaffen aus Büchel**
- **Schutz und Asyl für alle Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus dem Ukraine-Krieg.**

Forts. DKP-Seite: Preistreiber Wärmepumpe

Das Problem bei der Wärmepumpenlösung ist, dass ein COP-Wert von 3 oder 4 in der Realität eine anspruchsvolle Veranstaltung und häufig nur mit erheblichem Aufwand – wie zum Beispiel Grundwasserbohrungen – zu erreichen ist.

Unter dem Strich bedeutet das alles, dass in Zukunft ein Drittel der gegenwärtigen Heizenergie (180 TWh) durch elektrische Energie ersetzt werden muss und dass dies zu den ebenfalls massiven Anforderungen einer künftigen E-Automobilität addiert werden muss. Die Beratungsfirma McKinsey warnt vor einer „riesigen Stromlücke“ von etwa 30 Prozent der bisherigen Spitzenkapazität

schon im Jahr 2030. Dazu kommt, dass auch die bisherige Strominfrastruktur weder E-Auto- noch Wärmepumpen-fähig ist.

Dabei entstehen exorbitante Kosten. Um die EWG-Vorgaben erfüllen zu können, fallen bei der Umrüstung eines typischen Vier- bis Mehrfamilienhauses schnell Kosten im sechsstelligen Bereich an. Macht bei Umbaukosten pro Wohnung von kalkuliert „nur“ 30.000 Euro einen Gesamtaufwand von mehr als einer Billion Euro, ohne die zusätzlichen Kosten für Energie und Ausbau der Infrastruktur zu berücksichtigen. Die Sanitätsausrüster und -installateure tanzen natürlich ebenso Samba wie die Kreditinstitute, die nun zu hohen Zinsen enorme Kredite ausreichen können.

Bekanntlich können die Vermieter ihre „Modernisierungs“kosten auf die Mieter umlegen – bis zu 8 Prozent pro Jahr und ohne Begrenzung auf die tatsächlichen Kosten. Dies vor dem Hintergrund einer massiven Inflation, eines enormen Reallohnverlusts und dramatisch gestiegener und weiter steigender Miet- und Energiepreise.

Wohnen ist für viele hart arbeitende Menschen bereits unbezahlbar und wird nun durch die Bundesregierung noch teurer gemacht. Ein nennenswerter Effekt für den Klimaschutz wird damit nicht erzielt. Klimaschutz ist wichtig, ist eine Menschheitsaufgabe – was aber die Ampel hier durchsetzt, ist das Gegenteil. Es ist die Desavouierung des Klimaschutzes.

Fortsetzung von Göttinger Linke-Seite: Von wegen Sicherer Hafen

Keine politische Maßnahme, die in Folge der Sicherer-Hafen-Kampagne gefasst wurde, zielt auf eine tatsächliche, substantielle Veränderung für die Situation geflüchteter Menschen ab. Solange die unterschiedlichen Hierarchien der Politik sich so wichtige Aufgaben wie den Schutz geflüchteter Menschen hin und

her schieben, müssen diese durch zivilgesellschaftliches Engagement aufgefangen werden.

Darf sich eine Stadt als Sicherer Hafen schmücken, wenn sie sich nur öffentlich solidarisch erklärt? Können Städte sich von ihrer Verantwortung freikaufen, wenn sie bei einer Spendenaktion den erzielten Betrag verdoppeln - bei vorher gesetzter Maximalgrenze?

Was es braucht, ist ein massiver Paradigmenwechsel in der Migrationspolitik und keine weiteren Politiker*innen mit Bauchschmerzen. Europas Zukunft darf nicht mehr durch massenhaftem Mord an unseren Grenzen oder Familien, die mitten in der Nacht aus dem Schlaf gerissen werden, um gewaltvoll in ein Land gebracht zu werden, was sie womöglich niemals kannten, gekennzeichnet sein.

Bewegungsfreiheit für Alle muss das Grundprinzip einer jeden Migrationspolitik werden - egal ob in Brüssel, Berlin oder Göttingen.



Die Seebrücke im Internet